

**Antrag 66/II/2025****KDV Friedrichshain-Kreuzberg****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**Koloniales Unrecht in Namibia anerkennen – Wiedergutmachung, Rückgabe und Dialog mit den Betroffenen jetzt vorantreiben**

1 Die SPD setzt sich auf allen politischen Ebenen für eine gerechte und umfassende Aufarbeitung des Genozids an den Herero und Nama in der ehemaligen Kolonie „Deutsch-Südwestafrika“ (heute Namibia) ein. Dazu fordern wir die sozialdemokratischen Mitglieder in Exekutive und Legislative auf Bundes- und Landesebene auf:

7

8 1. Neuauflage und Erweiterung des deutsch-namibischen Versöhnungsabkommens unter angemessener Beteiligung von Repräsentant\*innen der Herero- und Nama-Gemeinschaften.

12 2. Anerkennung und finanzielle Wiedergutmachung über die bisherigen Entwicklungszusagen hinaus – ausdrücklich als Entschädigung für das kollektive Unrecht der kolonialen Gewalt und des Genozids.

16 3. Die Restitution menschlicher Gebeine und Kulturgüter, die sich in deutschen Museen, Universitäten und privaten Sammlungen befinden, nach Namibia – in Kooperation mit lokalen Ahnenräten, Museen und zivilgesellschaftlichen Gruppen.

21 4. Die Einrichtung eines dauerhaften deutsch-namibischen Dialogforums, das die historischen Nachwirkungen des Genozids thematisiert, Versöhnungsinitiativen begleitet und konkrete Projekte (z. B. Bildungsprogramme, Gedenkorte) unterstützt.

26 5. Die Einrichtung eines offiziellen Gedenkortes in Berlin, in Zusammenarbeit mit Vertreter\*innen der Herero und Nama, um die Erinnerung an den ersten Völkermord des 20. Jahrhunderts dauerhaft sichtbar zu machen.

31 6. Eine Untersuchung, wie die deutsche Bundesregierung mit der Frage nach finanzieller Wiedergutmachung umgegangen ist.

34

35 Zusätzlich fordern wir eine interne Auseinandersetzung der SPD mit ihrer eigenen kolonialen Geschichte und möglichen Mitverantwortung während des Kaiserreichs und darüber hinaus.

39

**Begründung**

41 Zwischen 1904 und 1908 verübte das Deutsche Kaiserreich in der damaligen Kolonie Deutsch-Südwestafrika einen systematischen Völkermord an den Herero und Nama. Etwa 65.000 Herero und 10.000 Nama wurden ermordet – durch Massaker, Lager, Hunger und medizinische Experimente. Die koloniale Gewalt war rassistisch motiviert und

**Empfehlung der Antragskommission**

**Überweisen an: FA I - Internationale Politik, Frieden und Entwicklung (Konsens)**

47 wurde offen als Vernichtungskrieg geführt.

48

49 Die Bundesregierung bezeichnete im Jahr 2021 die Verbre-  
50 chen als Genozid "nach heutigem Verständnis" und ver-  
51 abschiedete gemeinsam mit der namibischen Regierung  
52 eine "gemeinsame Erklärung".

53

54 Dies war laut Bundesregierung keine völkerrechtliche Ent-  
55 schuldigung, sondern nur eine politische Erklärung. Ver-  
56 treter\*innen von Herero und Nama forderten bereits 2021  
57 eine völkerrechtliche Anerkennung, da rechtliche Ansprü-  
58 che auf Reparationen ansonsten nicht gegeben sind.

59

60 Diese Erklärung enthielt einige Lücken: Keine direkte Re-  
61 paration, sondern Entwicklungszusagen ohne verbindli-  
62 che Beteiligung der Opfergruppen. Außerdem entsprach  
63 der Umfang der über 30 Jahre avisierten Leistungen von  
64 1,1 Milliarden € nicht einmal besonders hohen Unter-  
65 stützungsmitteln. Keine konsequente Rückgabe mensch-  
66 licher Überreste oder Kulturgüter, obwohl viele davon ein-  
67 deutig identifizierbar sind. Kein Gedenkort in Deutsch-  
68 land, der das kollektive Erinnern ermöglicht.

69

70 Die Herero und Nama gehören in Namibia bis heute zu  
71 den strukturell benachteiligten Gruppen, unter anderem  
72 aufgrund von Landenteignungen, fehlendem Zugang zu  
73 Bildung und fehlender politischer Mitsprache. Eine ge-  
74 rechte Erinnerungspolitik muss diese Realität anerkennen  
75 – und ihr aktiv entgegenwirken.

76

77 Im August 2004 nannte die damalige Entwicklungsmi-  
78 nisterin Heidemarie Wieczorek-Zeul (SPD) die Gräueltaten  
79 von 1904 bis 1908 erstmals einen "Völkermord" und bat in  
80 Namibia um Entschuldigung. Die damalige Bundesregie-  
81 rung unter Kanzler Gerhard Schröder und Außenminister  
82 Joschka Fischer ließ erklären, dass dies nur die private Mei-  
83 nung einer Ministerin sei.

84

85 Als SPD stehen wir für Menschenrechte, postkoloniale Ge-  
86 rechtigkeit und internationale Solidarität. Es ist überfällig,  
87 dass Deutschland Verantwortung übernimmt durch Rück-  
88 gabe und Reparationen – und eine neue Haltung im Um-  
89 gang mit kolonialem Erbe.